

Solothurner Ultimatum an Flughafen

Politiker aus dem Schwarzbubenland erhalten Unterstützung im Kampf gegen Fluglärm

ROLAND DUCOMMUN

Werden die Vereinbarungen zum Südanflug auf den EuroAirport nicht bald eingehalten, verlangt die Solothurner Regierung schnell Gegenmassnahmen.

Die Solothurner Regierung findet deutliche Worte: «Falls sich in den nächsten zwei bis drei Monaten keine Trendumkehr beim Anteil der Südlandungen zeigen sollte, werden wir unverzüglich den EuroAirport und das Bundesamt für Zivilluftfahrt anhalten, sofort und nicht erst Ende Jahr Gegenmassnahmen zu prüfen und umzusetzen.» Damit reagierte der Regierungsrat gestern auf eine Interpellation, die am Dienstag von Kantonsräten aus dem Schwarzbubenland und dem Bezirk Thal eingereicht und vom Kantonsrat für dringlich erklärt wurde.

Von der Antwort der Regierung befriedigt zeigten sich denn auch die Kantonsräte Kurt Henzi (FdP, Dornach) und Hans Abt (CVP, Dornach). «Ich bin

erfreut darüber, dass sich die Regierung für die Anliegen des Schwarzbubenlands starkmacht», sagte Henzi. «Wir werden ernst genommen», freute sich Abt.

AUG IN AUG MIT PILOTEN. Die Antwort der Regierung auf die Interpellation gab den Vertretern aus den fluglärmgeplagten Gebieten noch einmal Gelegenheit, die Situation im Thal und im Schwarzbubenland zu schildern. So verwies Kurt Henzi darauf, dass zwischen der Schweiz und Frankreich eine binationale Vereinbarung besteht, in der die Südanflüge genau geregelt sind. «Diese Vereinbarung wird nicht eingehalten», stellte der Dornacher Gemeindepräsident im Kantonsrat noch einmal fest – und das nicht nur bezüglich der Anzahl Anflüge über das Schwarzbubenland. Man habe fast Augenkontakt mit den Piloten – mit diesen Worten hätten sich Bewohner bei ihm über die

tief fliegenden Maschinen beschwert. Doch nicht nur die vereinbarte Flughöhe werde unterschritten, auch das Nachtflugverbot werde missachtet. «Die Belastung ist weit höher, als man uns vor zwei Jahren bei den Testflügen mit den verhältnismässig ruhig fliegenden Airbus-Maschinen weismachen wollte», bilanzierte Henzi.

BESSERE INFORMATION. Hart ins Gericht mit den Flugplatzbetreibern ging Stefan Müller (CVP, Herbetswil). Der Biologe zeigte sich im Kantonsrat als Sachverständiger für Aviatik und erklärte, nach welchen Kriterien am EuroAirport (EAP) entschieden wird, ob die Piste 34 von Süden her angefliegen wird. Hierzu würden Windprognosen und Windmessungen beigezogen. Beides sei während einer Woche im Thal überprüft und mit der Anzahl Südanflüge verglichen worden. «An sechs von sieben Tagen waren die vereinbarten

Voraussetzungen für Südanflüge nicht gegeben», zog Müller Bilanz.

Eine «Lanze für den Flughafen» brach im Kantonsrat allein die SVP. Ihr Sprecher Herbert Wüthrich (Gerlafingen) erklärte, «der EuroAirport ist sehr bemüht, die Vereinbarung einzuhalten». Die Zahlen, mit denen die Interpellanten nachzuweisen versuchten, dass die Südanflüge Monat um Monat zugenommen haben und die vereinbarte Zehn-Prozent-Grenze überschritten wurde, unterlägen «starken monatlichen Schwankungen». Ob die Vereinbarung eingehalten werde, könne erst die Durchschnittszahl der Südanflüge Ende Jahr zeigen. So lange will die Regierung nicht mehr warten. Mit ihrem Ultimatum setzt sie den EAP unter Druck. Zudem, so die Regierung weiter, sei mit dem EAP vereinbart worden, «demnächst Informationsveranstaltungen in den betroffenen solothurnischen Regionen durchzuführen».